

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Zur Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE „Soziale Sicherheit für alle“, Drucksache 6/3151

Konkrete Obergrenze für Asylsuchende im Land Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine konkrete Obergrenze für die Aufnahme von Asylsuchenden im Land Brandenburg zu beziffern.

Begründung:

„Man kann einen Sozialstaat haben und man kann offene Grenzen haben. Aber man kann nicht beides gleichzeitig haben.“ Dieses Zitat wird dem Nobelpreisträger Milton Friedman zugeschrieben, der als einer der einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftler des 20. Jahrhunderts angesehen wird. Er hat damit schon vor langer Zeit postuliert, was nun offensichtlich wird: Dass die von der Bundeskanzlerin propagierte grenzenlose Zuwanderung nur mit grenzenlosen staatlichen und gesellschaftlichen Ressourcen zu bewältigen ist. Doch eben diese Ressourcen sind endlich, womit auch dem Integrationspotential moderner Wohlfahrtsstaaten Grenzen gesetzt sind. Das gilt sowohl für die Bundesrepublik als auch für Brandenburg. Es ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Bürgern zu zeigen, dass sie einen Blick für die Realität hat und das sie über einen Plan verfügt. Dazu gehört auch das Aussprechen unbequemer Erkenntnisse. Für Brandenburg ist es die Erkenntnis, dass ein Punkt der Überforderung durch den Zustrom zehntausender Migranten erreicht ist. Zeltstätte mit Asylbewerbern sowie zu Massenunterkünften umfunktionierte Turnhallen, Hotels und Kasernen sind Belege dafür. Für die in Brandenburg bis zum Jahresende erwarteten 6000 Kinder von Asylsuchenden fehlen 327 Lehrkräfte und in den Gemeinschaftsunterkünften kommt es regelmäßig zu Gewaltausbrüchen. In Anwohnerversammlungen bringen immer mehr Bürger ihren Unmut zum Ausdruck, weil sie spüren, dass Staat und Gesellschaft nicht mehr leisten kann.

Mit Blick auf die Erkenntnis der gesellschaftlichen Überforderung, sollte die brandenburgische Regierung dem Beispiel des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt folgen und eine konkrete Grenze für die Aufnahme von Asylsuchenden beziffern. Denn die Gesellschaft, Landräte und Oberbürgermeister stehen vor der Herausforderung die Krise zu bewältigen – nicht das Kanzleramt. Indem die Landesregierung eine konkrete Grenze beziffert, zeigt sie ihren Blick für die Realität, ihr Verantwortungs-

bewusstsein und nicht zuletzt ihre Vernunft. Sie gibt den Brandenburgern Zuversicht und beweist Rückgrat gegenüber einer Bundeskanzlerin, die sich eine verantwortungslose Utopie zum Ziel gemacht hat.

Dr. Alexander Gauland
für die AfD-Fraktion